



POLITIK / REDAKTION

Irak - Bereitstand zur Schlacht ...

(SB) - Mit seinem weitschweifigen Interview mit CBS News im landesweiten US-Fernsehen unmittelbar vor der Übertragung des diesjährigen Superbowl am Sonntagabend, den 3. Februar, hat Präsident Donald Trump für viel Wirbel gesorgt. Vor allem im Irak kam seine erklärte Absicht, die US-Streitkräfte, die vom Zweistromland aus die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) ... (S. 6)

POLITIK / KOMMENTAR

Kalter Krieg - ick hör dir trapsen ...

(SB) - Da Mitteleuropa das allererste Schlachtfeld eines Atomkriegs zwischen den westlichen Mächten und Rußland wäre, sollte eine deutsche Regierung nichts unversucht lassen, den von den NATO-Verbündeten und Moskau aufgekündigten INF-Vertrag zu retten. Die Frist läuft: Sechs Monate noch, dann könnte eines der wichtigsten Abrüstungsabkommen aus den Zeiten des Kalten Krieges Geschichte sein. Dennoch läßt die Große Koalition erschreckend wenig Interesse erkennen, den Vertrag zum Verbot von nuklearen Mittelstreckenwaffen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu retten, ehe es zu spät ist. Denkbar ... (Seite 8)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Maria Graciela Tellechea zum Thema Feminismus

"Der Feminismus ist nicht nur eine Bewegung der Frauen, sondern eine Bewegung von allen"

von Reto Thumiger, 5. Januar 2019



Maria Graciela Tellechea

Bild: © Reto Thumiger

Berlin - 04.02.2019. Maria Graciela Tellechea ist eine argentinische Übersetzerin für deutsche Literatur, sie kam nach Berlin, um an verschiedenen Übersetzungsprojekten zu arbeiten. In diesem Interview haben wir uns über die feministische Bewegung

in ihrem Land, den Feminismus im Allgemeinen und über ihre Erfahrungen in Deutschland unterhalten.

Wie begann dein feministischer Aktivismus?

Was in Argentinien geschah, war nicht geplant, sondern es passierte einfach. Im Jahr 2015 gab es ei-

ne soziale Explosion, bei der viele Menschen wegen des konkreten Falles eines Mädchens - Chiara - unter dem Motto "Nicht eine weniger" auf die Straße gingen, um zu zeigen, dass sie die Schnauze voll hatten von den Femiziden, den toten Teenagerinnen, deren Körper in Gräbern, in Müllsäcken, etc. aufgefunden wurden. Das war 2015, aber in Argentinien gibt es schon seit 33 Jahren nationale Frauentreffen, die jetzt als plurinational bezeichnet werden, damit der Name auch Indigene und Migrantinnen mit einbezieht. Es sind jährliche Bundestreffen, die in verschiedenen Teilen Argentiniens stattfinden.

Seit vielen Jahren setzte ich mich für die legale Abtreibung ein, seit 2009. Schon immer habe ich mich für das Thema interessiert. Damals konnte man in Argentinien noch nicht laut darüber sprechen, so wie heute. Ich war 14 Jahre alt, als eine meiner Freundinnen abtreiben musste. Persönlich habe ich diese Erfahrung nicht gemacht, aber viele junge Frauen in meinem nächsten Umfeld mussten eine Abtreibung durchführen lassen, natürlich in der Illegalität. Mein Interesse wuchs und ich begann den Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens im Kongress zu verfolgen, das seit 2007 wiederholt durchgeführt wurde. Ich erinnere mich, dass im Jahr 2011 die Gesetzesvorlage es fast ins Parlament zur Debatte geschafft hatte. Aus dieser Zeit, von dieser Demonstration habe ich mein erstes grünes Halstuch. Dort wurde ich zum ersten Mal mit dem Hass auf die errungenen Frauenrechte, mit dem absoluten Extremismus, mit dem Konservativismus und mit der totalen Verslossenheit auf der anderen Seite der Absper-

rung konfrontiert. Wir waren sehr wenige an diesem Tag.

So begann meine Militanz, die im Grunde genommen darin bestand, auf jeden Artikel zu diesem Thema zu achten oder mit Leuten in meiner Umgebung darüber zu sprechen. Es handelte sich immer um Berichte, die anprangerten, dass legal begründete Abtreibungen schlicht und einfach nicht durchgeführt wurden. Ich kann mich zum Beispiel an den Fall eines 12-jährigen behinderten Mädchens erinnern, die wiederholt von ihrem Stiefvater vergewaltigt worden war und es nicht geschafft hat, die Abtreibung durchführen zu lassen, weil der Richter seinen Beschluss vertagte und vertagte und vertagte ... Solche Fälle erschienen immer wieder, fast ausschließlich durch eine Journalistin veröffentlicht, die ich sehr bewundere, Mariana Carbajal. Wie ich sagte, wurde darüber kaum gesprochen.

Gleichzeitig wollte ich an den Frauentreffen teilnehmen und wenn ich das sagte, war bei allen die erste Reaktion: "Warum ein Frauentreffen?", "Und was ist mit den Männern?". Dann musste ich mit den Rechtfertigungen anfangen. Sobald ich über Abtreibung und Gewalt sprach, dann "war es in Ordnung", "wenn das der Grund ist ... einverstanden, ja, wir lassen zu, dass sie sich alleine treffen, ohne die Anwesenheit eines Mannes, der darüber wacht, ob sie alles richtig machen, und ohne, dass sie die Zustimmung dazu haben, was sie sagen, wie sie Politik machen oder zu ihre Art sich zu treffen."

Während des Treffens im Jahr 2015 (Wahljahr in Argentinien)

in Mar de Plata kandidierte ein gewisser Arroyo (der derzeitige Bürgermeister), ein Typ im Stil von Bolsonaro. Etwas Schreckliches geschah damals. Normalerweise münden die Frauentreffen in eine Demonstration, die vor der Kathedrale endet, um dort laut gegen die Kirche zu protestieren. Immer fand sich irgendeine Gruppe ein, die uns mit Sachen bewarf, die störte und die Polizei zäunte alles ab. Aber dieses Mal machte die Polizei gemeinsame Sache mit diesen Typen, es waren die gleichen. Es war eine Parapolizei, die mit der Polizei gemeinsam agierte. Sie haben es sogar geschafft, einige junge Frauen in die Kirche zu schleppen, um sie dort zu foltern. Da war der Moment, als ich zu mir sagte: "Nächstes Jahr werde ich zum Treffen gehen, egal was passiert". Außerdem war das Treffen in Rosario, einer Stadt drei Stunden von Buenos Aires entfernt, also hatte ich keine Ausrede mehr.

Ich bin mit einer Freundin, die bis dahin nichts damit zu tun hatte, hingefahren. Und ich erinnere mich an den ersten Tag, als wir nach einer zweistündigen Gesprächsrunde den ersten Workshop verließen, begann sie zu weinen. Was in den Frauentreffen geschieht, ist sehr ergreifend, bewegend und sehr mobilisierend. Sie bedankte sich bei mir, dass ich sie mitgenommen hatte. Wir haben uns zum ersten Mal gehört, getragen und gefeiert gefühlt.

In diesem Moment reiste ich mit einigen Frauen aus einem Kulturzentrum aus meiner Nachbarschaft. Nicht alle bildeten einen Teil dieser Organisation, wir taten uns jedoch zusammen, um als Gruppe hinzufahren. Es war wun-

derschön, wir nahmen an Workshops teil und dann kamen wir zusammen, um miteinander zu reden. Meistens trafen wir uns auf dem Schulhof, weil wir meisten in Schulen untergebracht waren. Einige öffentliche Institutionen öffneten ihre Türen für die Teilnehmerinnen und so wurde die Stadt voll. Stellt euch vor, eine Fraueninvasion; wir haben in den Schulen geschlafen, wir haben uns getroffen, um uns auszutauschen und die Erfahrungen, die wir in den verschiedenen Workshops machten, miteinander zu teilen, wir waren auf den Plätzen, in den Bars, auf den Straßen.

Ich glaube, dass es von da an eine Frage von Tagen, höchstens eines Monats war, um mich als Feministin zu bezeichnen. Es fiel mir überhaupt nicht schwer. Es war sehr natürlich und es ist uns allen passiert. Von da an haben wir uns als Gruppe formiert.

Warst du davor politisch schon aktiv oder war es das Thema Feminismus ...

Nun ..., da gab es einen Widerspruch. Ich bin schon immer politisch engagiert gewesen, ideologisch zumindest. Ich ging auf eine öffentliche Mittelschule, die eher rechts orientiert war. Ich nahm an der Schülervereinigung teil und als wir auf die Idee kamen, ein Plakat mit dem Wort "Revolution" aufzuhängen, wurde es runtergenommen. Das war in den 90er Jahren, einem Jahrzehnt, das in Argentinien geprägt war von einem brutalen Neoliberalismus, von Ausverkauf, von der Privatisierung von allem, auch der Bildung. Ich war bei sehr vielen Demonstrationen. Ich ging zu allen Demos zum 24. März -

gegen die Straffreiheit für die Massenmörder der Militärdiktatur - und zu den Demos gegen das Bildungsbundesgesetz, das sehr große Reformen zum Nachteil einer kostenlosen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Bildung anstrebte.

Im Jahr 2001 studierte ich Kunst an der Universität und nach ein paar Jahren begann ich mit Deutschland in Verbindung zu treten und Deutsch zu lernen. In dieser Zeit studierte ich moderne Sprachen an einer Institution, die kein Studentenzentrum besaß, und in der von der Stadtverwaltung interveniert wurde. Ich kritisiere die studentischen Organisationen sehr stark, weil ich mit ihrer Art und Weise, Politik zu machen, nicht einverstanden bin. Ich kann das jetzt als Feministin sagen, weil ich jetzt die Art und Weise kenne, in der wir Politik machen, und wie wir den Feminismus aufbauen.

Willst du damit sagen, dass auch in fortschrittlichen politischen Organisationen die patriarchalische Form dominiert?

Genau, wir können es in der Praxis sehen. Ich fühlte mich unwohl, weil ich mich nicht verbindlich politisch engagierte, was für mich bedeuten würde, einer Partei beizutreten, mit der ich zu mindestens 80% übereinstimme. Es gab jedoch immer dieses Störgeräusch, die Art und Weise sich zu geben, immer patriarchal, hierarchisch, aus "dem, der mehr weiß", "dem, der mehr zu sagen hat", immer von Männern dominiert. Feminismus bedeutet für mich, dass ich mich gleichzeitig aus einem ideologischen, politischen und kulturellen Standpunk-

heraus in Form und Inhalt vertreten fühle. Was ich fühle ist, dass wir gekommen sind, um alles, absolut alles, zu verändern. Es geht nicht darum, dass "wir Frauen jetzt das Kommando übernehmen", das würde bedeuten, dasselbe zu tun, aus derselben patriarchalen Logik heraus. Zu sagen: "wir kommen jetzt, um zu belehren und zu sagen, was zu tun ist". Wenn mich diese Form zu handeln, diese Art den Feminismus aufzubauen etwas gelehrt hat, dann dass der Weg durchs Vorwärtsgehen zurückgelegt wird, und dass es kein Handbuch gibt, in dem man nachschlagen und sagen kann: "Lass uns sehen, wie wir das jetzt machen".

Wir sagen: "Uns bewegt das Verlangen", es bewegt uns, dass wir die Schnauze voll haben und sich das in dem verzweifelten Schrei ausdrückt: "Hört auf, uns umzubringen", "Wir wollen leben", "Nicht noch eine weniger". Wir wollen frei sein, wollen genießen, wir wollen unsere Lebensprojekte haben, wir wollen selbst entscheiden. Das ist so, obwohl es im 21. Jahrhundert absolut lächerlich klingt und irgendwer könnte dir sagen "Du bist berufstätig, du hast einen Universitätsabschluss, wo mangelt es dir an Freiheit?"

Der Feminismus ist nicht individualistisch und wenn ich gerührt bin, wenn mir Tränen kommen, weil wir das Gesetz für die Legalisierung der Abtreibung durch das Abgeordnetenhaus, aber nicht durch den Senat bekommen haben, mit allem, was uns das gekostet hat, dann weine ich für meine Oma, für meine Uroma, für alle, die uns vorausgegangen sind, und weil ich möchte, dass meine Nichte und die Töchter meiner

Nichte und alle Generationen, die kommen werden, es bekommen.

In der Gruppe, in der ich mich einsetze, geschieht auch etwas Heilendes mit uns. Wir haben ein monatliches Treffen, das wir "ranchana" nennen. Es ist ein zusammengesetztes Wort aus "ranch" - was bei uns ein bescheidenes Landhaus bedeutet - und "chana" - so nennen wir uns selbst - das bedeutet in Quechua Schwester, Gefährtin und Freundin. Wir treffen uns unter uns, wir machen "ranchana". Das heißt, wir führen eine Aktivität durch, wir antworten oder reagieren auf etwas, was gerade passiert, was auch immer zu besprechen oder worüber sich auszutauschen ist. Danach essen wir gut, trinken etwas und fangen an, miteinander über alles Mögliche zu plaudern ... vor allem fühlen wir uns frei, wir können über die kleinsten Dinge sprechen, auch wenn sie sich komplett nebensächlich anhören, bis zu Sachen wie "als ich klein war, wurde ich missbraucht". Es bedeutet, einen Raum zu haben, in dem wir fühlen, dass wir alles sagen können und uns dabei getragen fühlen: genau zu wissen, dass es die gute oder schlechte Feministin nicht gibt, sie existiert nicht, wir können deshalb so sein, wie wir wollen. Es gibt kein "Feministometer".

Ist es für dich ein argentinisches Thema oder fühlst du dich als Teil von etwas Größerem?

Ich fühle mich als Teil einer breiteren Bewegung. Die feministischen Bewegungen haben keine Nationalität. Auf jeden Fall gibt es kulturelle Aspekte, glaube ich, und deshalb spreche ich immer über Lateinamerika. Ich glaube,

innerhalb Lateinamerikas gibt es sehr viele Unterschiede, aber es gibt Fragen im Zusammenhang mit dem Status von Frauen, die uns lateinamerikanische Frauen einander näherbringen, uns stark verschwestern. Es gibt spezifische und genau determinierte historische und gewalttätige Unterdrückungsformen, und ich sage nicht, dass diese in anderen Gegenden der Welt nicht existieren. Was ich sage ist, dass die Form, in der wir sie kennen, die Belästigung auf der Straße, der Missbrauch, im Grunde der alltägliche Ausdruck des Machismus, etwas ist, das für uns vom Tag Null an sehr klar ist, vom Zeitpunkt an, in dem du als "Mädchen" geboren wirst. Damit möchte ich sagen, dass von Geburt an die Welt bestimmt, dass du eine Frau bist. Eine Kette von Ereignissen wird ausgelöst, dir werden Verhaltensweisen und Stereotypen auferlegt aufgrund der Tatsache, dass du "eine Frau bist". Deshalb verstehen Feministinnen in der Regel sofort den Satz von Simone de Beauvoir: "Als Frau wird man nicht geboren, man wird zu einer".

Über diese Art Frau zu sein und zu fühlen spreche ich im Allgemeinen, weil ich auch über feminisierte Körper sprechen kann, weil es auch - offensichtlich - nicht-binäre Geschlechtsidentitäten, die transgender Frauen gibt. Sowohl der Frauenkörper, als auch die Frau als Person haben in Lateinamerika ein ganz besonderes Merkmal. Ich weiß nicht, ob es sich einfach z.B. auf die USA übertragen lässt (ich war nie dort) oder auf Europa. Als Feministin, die gerade in Deutschland ist, kann ich eine Einschätzung versuchen. Ich könnte dir über alltäg-

liche Erfahrung aus meiner ersten Zeit in Deutschland erzählen. Ich war 23 Jahre alt und ich verliebte mich in Berlin in einen jungen Mann. Als ich zurückging, nach 5 Monaten, merkte ich, dass es bestimmte Sachen gibt, wie zum Beispiel die Belästigung auf der Straße, die ich in Deutschland nicht erlebt hatte. Ich bemerkte den Unterschied erst, als ich zurück in Buenos Aires war. Es gibt eine Menge Unterdrückung. Ich sage nicht, dass Deutschland ein Paradies sei, aber in diesem Punkt ist die Situation eine andere.

Der Rechtspopulismus schreitet weltweit voran, irrational, regressiv, sehr menschen- und frauenfeindlich. Wir können dies in vielen amerikanischen und europäischen Ländern beobachten. Glaubst du, dass die feministischen Bewegungen ein Gegengewicht zu all dem sein können?

Ja, ich bin überzeugt davon. Es ist die einzige sichtbare und wirkliche Option. Den ersten nationalen Streik, dem Macri entgegentreten musste, haben wir Frauen organisiert. Der Typ trat sein Amt im Dezember 2015 an und bis dahin - Oktober 2016 - hatte die CGT, der größte Gewerkschaftsbund, der alle Einzelgewerkschaften zusammenfasst, keinen einzigen Streik durchgeführt, nur die eine oder andere Mobilisierung organisiert. Und es gab schon Massenentlassungen! Der erste Streik war ein Frauenstreik und wir haben es gemacht. Die erste Demonstration, an die ich mich erinnere - und das ist das Einzige, woran ich mich erinnere - als Trump sein Amt antrat, war eine Massendemonstration gegen ihn, sag was du willst, aber die Protagonistinnen und diejenigen, die

es organisiert hatten, waren die Frauen. Die Demonstrationen gegen Bolsonaro, die Bewegung "Ele Não", die großen Mobilisierungen werden von den Frauen durchgeführt.

Ich meine es passiert bereits jetzt. Wir bleiben nicht bei der Frage stehen "wie wollen wir es tun", berechnend und spekulierend, wir machen keine Kompromisse. Ich meine, dass der Feminismus in seiner Essenz etwas hat, nämlich die Aktion anstatt stehen zu bleiben und sich zuerst den Kopf zu zerbrechen, wie der Feind besiegt werden kann. Wir haben es satt und es gibt kein Zurück mehr. Wir haben das Gefühl, dass keine Feministin zu sein ein Ding der Unmöglichkeit ist, der Feminismus ist unvermeidlich. In Zeiten wie diesen verstehe ich nicht, warum nicht alle Menschen, die ideologisch in diese Richtung denken, aus der linken, progressiven Richtung, sich nicht sofort als Feminist*innen bezeichnen. Ich glaube, dass ist so, weil das Patriarchat überall verwurzelt ist. Es ist nicht nur bei den faschistischen Rechten zu finden, sondern auch bei den linkesten aller Linken auf eine sehr uneinsichtige Art und Weise. Weder weiß ich, wie lange dieser Weg sein wird, noch wie viele Kameradinnen bereit sind, ihn zu beschreiten, denn es ist ein schmerzhafter, schwieriger, harter Weg.

Und die Männer - ich spreche ebenfalls im Allgemeinen, wenn ich von Männern rede - haben auch einen Weg zu gehen innerhalb des Feminismus. Der Feminismus ist eine Bewegung von allen, es ist keine Frauenbewegung, weil wir mehr sind, die Opfer sind oder, weil wir so lange unter-

drückt worden sind, dass wir jetzt den Platz der Männer einnehmen wollen. Wir wollen die Macht erobern, weil wir glauben, dass aus einer Machtposition Sachen in Gang gesetzt werden können, aber wir möchten auch alles in die Luft sprengen, symbolisch gesprochen. Aber wir werden es nicht in der gleichen Art und Weise tun, weil wir wissen, dass diese Art und Weise repressiv ist, gewalttätig ist. Wir haben kein Interesse an dieser Form der Machtausübung. Es handelt sich um verschiedene Arten der Machtausübung, falls wir das gleiche Wort benutzen wollen und wir keine neue Kategorie gebrauchen. Es hat nicht mit der Vagina oder dem Penis zu tun.

Wo liegt denn der Unterschied?

Nun, es ist diese Form, die wir kennen, die gewalttätig, unterdrückend, frauenfeindlich, erniedrigend, im Grunde hierarchisch ist. Es ist militaristisch im Sinne von militärischer Struktur, etwa in Form von politischen Organisationen, die dieses Schema normalerweise wiederholen. Es gibt den Anführer, der sagt, was getan werden muss, und der Rest gehorcht. Vom Feminismus her haben wir eine horizontale Art des Handelns und der Kommunikation untereinander. Zum Beispiel, wie gehen wir in unserem feministischen Raum vor? Wir haben Arbeitsgruppen. Es gibt einige Entscheidungen, bei denen nicht jedes Mal alle konsultiert werden. Andere Entscheidungen werden in der Vollversammlung oder in monatlichen Treffen getroffen. Wir haben uns immer so verhalten.

Feminismus zu praktizieren bedeutet auch, Liebe zu den Kame-

radinnen zu empfinden, den Frauen wurde nur beigebracht, untereinander zu konkurrieren. Um die Männer zu kämpfen, um zu zeigen, wer die Beste ist, wer das beste Leben führt, die beste Karriere hat, die beste Mutter ist, wer am besten kocht, wer die beste bei allem ist! Und wer ist die Wunderfrau? Diejenige, die alles gleichzeitig tun kann. Was jetzt mit uns passiert, ist, dass wir erkennen, was wir sein können, dass wir einen Ort haben, an dem wir verletztlich sein können, dass wir so sein können, wenn wir es wollen. Wir haben den Raum und den Feminismus, der uns vereint und uns verschwestert. Das bedeutet, es gibt keine Vermittlung. In diesem Sinne muss niemand ein politisches Grundlagenpapier lesen, kein parteipolitisches Programm. So sind wir Feministinnen, wenn wir bei einem Marsch sind, kümmern wir uns um einander, wenn eine von uns es braucht, sind wir auch ein Netzwerk. Ein weiterer der häufigsten Sätze ist "Nie wieder allein". So einfach, wie es klingt. Du bist nicht allein, was auch immer passiert, auch wenn du denkst, dass es Blödsinn ist, wenn du Lust dazu hast, komm und schrei es, kotz es raus, sag es, komm und sag es. Ich bin hier, um dir zuzuhören, genauso wie ich weiß, dass du hier bist, um mir zuzuhören. So funktioniert es, aus Verlangen, aus Liebe, aus Schwesterlichkeit. Schwesterlichkeit, das ist unser Wort.

Horizontal ist schwieriger, Vertikalität ist einfacher; es gibt einen Chef und Befehle.

Ja, natürlich, es braucht mehr Zeit, mehr Arbeit. Aber weißt du was? Wir bereichern uns durch diese Art, ich bestehe darauf. Es

gibt niemanden, der sagt: "Ich habe die Wahrheit, wie man es machen muss". Offensichtlich ist dieser ganze Prozess nicht ohne Konflikte. Das ist meine feministische Position; wenn wir Konflikte haben, können wir nicht sagen, dass wir uns untereinander diskriminieren, dass die eine feministischer ist als die andere, dass die eine mehr leidet als die andere. Wenn wir von einer gewissen Unterdrückung sprechen, sprechen wir von derselben Unterdrückung. Wir wissen, dass es darüber hinaus noch andere Bedingungen gibt, wie Armut, die Tatsache, schwarz zu sein, die Tatsache, indigen zu sein, die Tatsache, lesbisch zu sein, es gibt viele Aspekte, die auch dazu beitragen, diese Unterdrückung noch zu verschlimmern. Das wissen wir, aber das bedeutet nicht, dass wir nicht alle auf der gleichen Seite stehen.

Eine letzte Frage: Woher beziehst du deine Motivation, deine Energie, wie inspirierst du dich persönlich?

Ich bin inspiriert von meiner persönlichen Geschichte, aber mehr als alles andere bin ich inspiriert von Frauen, ich bin inspiriert von Kameradinnen, ich bin inspiriert von dem, was passiert, ich bin bewegt, ich bin zutiefst bewegt. Ich habe Beispiele aus meinem persönlichen Leben, aber ich glaube nicht, dass persönliche Beispiele wichtig sind. Wir sind alle durch das Gleiche vereint. Ich sage dir eins: Feminismus nimmt dir keine Energie, im Gegenteil. Wenn du mich fragst woher ich meine Energie beziehe, die feministische Militanz gibt mir Energie, sie lädt mich auf und motiviert mich, weiter zu kämpfen.

Interview: Reto Thumiger / Transkription: Mónica Lavin / Redaktion: Alicia Blanco

Übersetzung aus dem Spanischen von Mónica Lavin und Reto Thumiger

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psf00045.html>

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Irak - Bereitstand zur Schlacht ...

(SB) 5. Februar 2019 - Mit seinem weitschweifigen Interview mit CBS News im landesweiten US-Fernsehen unmittelbar vor der Übertragung des diesjährigen Superbowl am Sonntagabend, den 3. Februar, hat Präsident Donald Trump für viel Wirbel gesorgt. Vor allem im Irak kam seine erklärte Absicht, die US-Streitkräfte, die vom Zweistromland aus die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) in Syrien bekämpfen, auf Dauer dort zu belassen, um den Iran "im Auge zu behalten", nicht gut an. Seit Trump im vergangenen Mai einseitig das

Atomabkommen mit dem Iran aus dem Jahr 2015 aufgekündigt hat, befürchten viele Iraker, ihr Land könnte in die Schußlinie zwischen Washington und Teheran geraten. Trumps Interview mit Moderatorin Margaret Brennan in der CBS-Sendung "Face the Nation" hat derlei Befürchtungen neue Nahrung gegeben.

Als 2003 eine angloamerikanische Streitmacht unter der fadenscheinigen Begründung, Saddam Hussein bastele an "Massenvernichtungswaffen", die er dem Al-Kaida-"Netzwerk" Osama Bin

Ladens zur Verfügung stellen könnte, in den Irak einmarschierte und innerhalb weniger Wochen für ein "Regimewechsel" in Bagdad sorgte, freuten sich in den USA die Hauptpropagandisten des völkerrechtlich illegalen Kriegs bereits auf eine baldige Endabrechnung mit den "Mullahs" in Teheran. Doch der heftige Aufstand, der den Besatzern im Irak entgegenschlug, hat die Träume der Neokonservativen am Hofe George W. Bushs zunichte gemacht. 2011 haben Amerikas Iranophobe die nächste schwere Schlappe erlitten, als sich das

Parlament in Bagdad weigerte, einem Stationierungsabkommen für die US-Streitkräfte zuzustimmen, weshalb diese den Irak verlassen mußten. Das hat die neokonservative Clique in Washington Barack Obama bis heute nicht verziehen, obwohl er die Entwicklung weder aufhalten noch etwas dafür konnte.

Wie es der Zufall will, war es erneut Al Kaida, die dem US-Militär die Wiederkehr in den Irak ermöglichte. 2011 stieg Al Kaida im Irak in den Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien ein, wo sie unter Führung von Abu Bakr Al Baghdadi zum schreckenerregenden IS mutierte. 2014 marschieren IS-Dschihadisten von ihrer damaligen Hochburg im Ostens Syriens aus in den Irak ein und eroberten im Sturm Mossul, die zweitgrößte Stadt des Landes. Von der Zentralmoschee Mossuls aus rief Abu Bakr im Juni jenes Jahres das Kalifat aus. Durch eine Massenaushebung aller wehrfähigen schiitischen Männer konnte im Sommer 2014 die drohende Einnahme Bagdads durch die sunnitischen Kalifatsanhänger verhindert werden. Wegen der prekären Lage nahm die damalige Regierung von Premierminister Nuri Al Maliki die Hilfe der neuen internationalen Anti-IS-Koalition an, worauf amerikanische und andere westliche Militärs wieder ins Land gelassen wurden.

Viereinhalb Jahre später gilt der IS - vor allem wegen der Anstrengungen der schiitischen Milizen und der US-Luftwaffe im Irak sowie der kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), der Syrischen Arabischen Armee (SAA) und der rus-

sischen Luftwaffe in Syrien - als weitestgehend besiegt. Deswegen will Trump die rund 2000 US-Militärangehörigen im syrischen Nordosten nach Hause holen, stößt mit dem Vorhaben jedoch im Kongreß sowie im Pentagon auf erbitterten Widerstand. Deswegen schlug Trump im NBC-Interview einen Kompromißkurs ein, als er anregte, die US-Truppen in Syrien könnten beim Abzug den Weg über den Irak nehmen und das Pentagon könnte die dortigen Stützpunkte nahe der syrischen Grenze benutzen, um die ganze Region zwischen Mittelmeer und Persischem Golf zu kontrollieren.

In diesem Zusammenhang spielte der US-Präsident die alte neokonservative Leier vom Iran als "weltweite Nummer eins der Terrornationen" und Quelle aller Instabilität im Nahen Osten. Er unterstellte Teheran, weiterhin nach dem Besitz von Atomwaffen zu streben, obwohl sowohl die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) als auch alle 17 US-Geheimdienste Teheran in den letzten Wochen bescheinigt haben, sich weiterhin strikt an das mit der Obama-Regierung sowie mit China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Rußland geschlossene Atomabkommen zu halten. Trump erklärte, die USA hätten bei dem westlich von Ramadi in der irakischen Provinz Anbar liegenden Stützpunkt Ain Al Assad einen so "teueren" und "großartigen" Militärstützpunkt mit "massiven Start- und Landebahnen" gebaut, daß Uncle Sam verrückt wäre, ihn zu räumen. Vor dort aus könnte man "den Iran beobachten". In dem Zusammenhang erklärte er zudem, die USA würden

im Irak "bleiben", weil sie "Israel schützen müssen".

Seit Monaten drängen die Kräfte im Bagdader Parlament, auf die sich seit Oktober die neue Regierung von Premierminister Adil Abdul Mahdi stützt, angesichts der weitgehenden Niederschlagung des IS auf den raschen Abzug aller US-Streitkräfte. Wichtigste Komponente der Regierungsmehrheit Abdul Mahdis sind die Anhänger des "Radikalpredigers" Muktada Al Sadr, der seit Jahren für seinen nationalistischen, das heißt weder pro-iranschen, noch pro-amerikanischen Kurs bekannt ist, sowie die Parteien, die von ehemaligen schiitischen Milizenkommandeuren angeführt werden. Als Trump Ende letzten Jahres ohne vorherige Benachrichtigung Bagdads den amerikanischen Soldaten in Ain Al-Assad einen überraschenden Weihnachtsbesuch abstattete, wurde dies im irakischen Parlament als Akt neokolonialen Herrenmenschentums scharf kritisiert.

Das NBC-Interview Trumps hätte in Bagdad für mehr öffentliche Mißstimmung gesorgt, herrschte dort nicht eine parlamentarische Winterpause. Nichtsdestotrotz hat Präsident Barham Salim am 4. Februar auf einem Wirtschaftsforum in Bagdad erklärt, die USA dürften das irakische Territorium nicht zur Verfolgung feindlicher Absichten gegenüber dem Iran benutzen. Die Iraker hätten ein "fundamentales Interesse" an guten Beziehungen zum Iran und den anderen Nachbarstaaten; Bagdad habe den Amerikanern keine Erlaubnis erteilt, von irakischem Boden aus den Iran zu "beobachten", sondern lediglich ein

bilaterales Abkommen zur Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung mit den USA unterzeichnet, so Salim.

Premierminister Abdul Mahdi erklärte am selben Tag, die USA dürften den Irak nicht als "Sprungbrett" für weitere Kriege benutzen. Hassan Karim Al Kaabi, der Vizesprecher des irakischen Parlaments, verurteilte die jüngsten Äußerungen Trumps als "flagrante und offene Mißachtung der Souveränität" des Iraks. Aus Kreisen einiger schiitischen Milizen waren Drohungen zu hören, man könnte die US-Streitkräfte bald wieder als ungebetene Besatzer betrachten und sie entsprechend behandeln. Möglicherweise wäre das im Sinne der Kriegsfalken in Washington, weil ihnen ein entsprechender Vorfall endlich den Vorwand zum großen Showdown mit der "Mullahkratie" in Teheran liefern könnte, den sie seit dem Sturz des Schahs 1979 ununterbrochen herbeisehen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1641.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Kalter Krieg - ick hör dir trapsen ...

Wir sind in einer Lage, wo Russland die strategische Konfrontation mit dem Westen sucht. Ob man das nun als neuen Kalten Krieg bezeichnet oder nicht, weiß ich nicht, es ist egal. (...) Wir müssen damit umgehen und können nicht immer nur den Verlust von Verträgen bedauern und bejammern, die eigentlich ihre militärische Sicherheitsfunktion schon längst verloren haben.

Joachim Krause (Politikwissenschaftler an der Universität Kiel) [1]

(SB) 5. Februar 2019 - Da Mitteleuropa das allererste Schlachtfeld eines Atomkriegs zwischen den westlichen Mächten und Rußland wäre, sollte eine deutsche Regierung nichts unversucht lassen, den von den NATO-Verbündeten und Moskau aufgekündigten INF-Vertrag zu retten. Die Frist läuft: Sechs Monate noch, dann könnte eines der wichtigsten Abrüstungsabkommen aus den Zeiten des Kalten Krieges Geschichte sein. Dennoch läßt die Große Koalition erschreckend wenig Interesse erkennen, den Vertrag zum Verbot von nuklearen Mittelstreckenwaffen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu retten, ehe es zu spät ist. Denkbar wäre eine entschiedene diplomatische Initiative, bei der die Bundesregierung mit der geopolitischen Lage Deutschlands argumentiert, dessen Überleben davon abhängt, daß kein Krieg in dieser Weltregion geführt wird, von einem atomaren Schlagabtausch ganz zu schweigen. Wenngleich die Aussichten einer erfolgreichen Vermittlung nicht gerade vielversprechend wären, stünde dieser geringen Wahrscheinlichkeit doch das nukleare Inferno gegenüber, das den Griff nach jedem Strohalm rechtfertigte.

Die Ratio, daß deutsche Politik auf Stärke setzen müsse, da nur die Androhung von Waffengewalt Sicherheit garantiere, funktioniert unter den veränderten Parametern derzeit nicht mehr. Das Gleichgewicht des Schreckens aus den Zeiten des Kalten Krieges wird durch die Aufkündigung der Verträge aus dieser Ära obsolet. Seit dem Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks hat der Vormarsch des Westens bis an die russische Grenze eine Dynamik entfaltet, die den Mantel der alten Vertragswerke seit geraumer Zeit zu sprengen drohte. Dennoch wäre deren Erhalt oder Neufassung nicht auszuschließen, um die drohende Konfrontation, welche die Gefahr eines Dritten Weltkriegs heraufbeschwört, womöglich einzuhegen - und sei es nur, um einige Jahre Aufschub zu gewinnen.

Was für viele Menschen vor allem in Europa von einem furchterregenden Endzeitszenario zeugt, wird von den "Apokalyptikern" vor allem in den USA ganz im Gegenteil als Zeit der letzten Schlacht und Erlösung angestrebt. Die Sehnsucht fundamentalistischer Christen verkörpert wie eine Speerspitze der Hardliner John Bolton, Sicherheitsbera-

ter von US-Präsident Donald Trump. Obgleich selbst kein religiöser Fundamentalist, sondern ein Neocon in aggressiver Reinkultur, hat er schon als Staatssekretär in der Administration George W. Bushs maßgeblich zur weltweiten Eskalation beigetragen und stachelte abermals einen Präsidenten zur Konfrontation an. Ihn als Kriegstreiber zu bezeichnen, griffe insofern zu kurz, als ihn die apokalyptische Unterfütterung seiner Gesinnung extrem gefährlich macht. Er ist nur in Teilen ein kühl kalkulierender Machtpolitiker, dem das eigene Vorteilsstreben rational zu nennende Entscheidungen diktiert. In Boltons Universum ist die absolute Vorrangstellung der USA als auserwählte Nation ein gottgewolltes und somit unabweisliches Faktum, das unter allen Umständen durchgesetzt werden muß. Er lehnt denn auch jegliche Rüstungskontrolle kategorisch ab, da diese seinem Mantra zufolge die USA ohne Not der Optionen zur Verteidigung ihrer Sicherheitsinteressen beraube.

In Berlin hatte man sich offenbar darauf verlassen, daß die im Dezember 2017 vorgestellte Strategie der USA zum INF Bestand haben werde. Mit Diplomatie, Sanktionen und erlaubten militärischen Studien zu Mittelstreckenwaffen sollte Druck auf Rußland ausgeübt werden, doch von einer Kündigung des Vertrags war dabei zunächst noch keine Rede. In Deutschland gab es von der Bundeskanzlerin über den Außenminister bis zu den Außen- und Verteidigungspolitikern parteiübergreifend Appelle für den Erhalt des INF-Vertrages und Verhandlungen zwischen den USA und Rußland. Nun steht je-

doch zu befürchten, daß die Entscheidung, die Aufkündigung des Vertrags durch die USA auch in der NATO einstimmig mitzutragen, die Weichen unwiderruflich gestellt hat.

In einer im Fernsehen übertragene Sitzung ließ sich Rußlands Präsident Wladimir Putin von Außenminister Sergej Lawrow und Verteidigungsminister Sergej Schoigu informieren, bevor er verkündete: "Die amerikanischen Partner haben erklärt, dass sie ihre Teilnahme an dem Abkommen aussetzen. Wir setzen sie auch aus." Moskau reagiere damit "symmetrisch" auf die von allen NATO-Mitgliedern "vollständig unterstützte" Ankündigung Washingtons. Er ordnete an, keine Gespräche mit Washington mehr über Fragen der Rüstungskontrolle zu initiieren, bis die USA "reif genug für einen gleichberechtigten, sinnvollen Dialog" seien. Putin und Trump haben seit dem Gipfel von Helsinki im Juli 2018 nicht mehr direkt miteinander geredet. Das könnte weitreichende Folgen auch in Hinblick auf das andere verbleibende Abrüstungsabkommen der beiden einstigen Supermächte haben. Der New-Start-Vertrag läuft im Februar 2021 aus, sofern sie sich nicht auf eine Verlängerung einigen. Er limitiert strategische Atomwaffen und ihre Trägersysteme. Zum ersten Mal seit 1972 würden die beiderseitigen Nukleararsenale dann keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen. [2]

Beide Seiten verfügen über Kapazitäten, landgestützte Flugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern atomar zu bestücken, wie sie der INF-Vertrag bislang verboten hat. Die rus-

sischen Streitkräfte haben von Schiffen und U-Booten aus Ziele in Syrien mit dem Marschflugkörpers Kalibr angegriffen, von dem auch eine landgestützte Version entwickelt worden ist. Zudem sollen landgestützte Mittelstreckenraketen für den neuen Hyperschallgleiter Avangard entwickelt werden, dessen erfolgreicher Test Ende 2018 bekanntgegeben wurde. Der Gleiter wird ins All geschossen und stürzt dann mit bis zu zwanzigfacher Schallgeschwindigkeit auf sein Ziel, so daß er auf Jahrzehnte hinaus als unangreifbar für jede Raketenabwehr gilt. [3]

Die technische Umsetzung dieses Vorhabens wurde westlicherseits bemerkenswert unkritisch unter der Rubrik "Putins Wunderwaffen" als vollendete Tatsache kolportiert, um keinerlei Zweifel an der Existenz dieser potentiellen Bedrohung und den unterstellten aggressiven Absichten Moskaus aufkommen zu lassen. Zugleich wird die Aufrüstung seitens der USA und NATO wie das Raketenabwehrsystem in Osteuropa seit langem unter der absurden Ausflucht vorangetrieben, dies richte sich nicht gegen Rußland, sondern gegen Raketenangriffe des Irans auf Europa. Von den vorhandenen Abschlußrampen können auch atomar bestückte Marschflugkörper vom Typ Tomahawk abgefeuert werden, die es bis zum INF-Vertrag in landgestützter Version gab. Zudem untersucht das Pentagon, welche Waffensysteme für INF-Reichweiten modifiziert oder neu entwickelt werden könnten wie das Raketensystem PRSM für die Armee, dessen Reichweite sich erhöhen ließe. Längst ist in der NATO eine Debatte über mögliche

"Reaktionen" einschließlich der Stationierung neuer US-amerikanischer Atomwaffen im Gange.

Wie das russische Außenministerium warnt, werde Europa im Falle einer Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zum Austragungsort einer möglichen Konfrontation. "Das Ende des Vertrages wird weitreichende Auswirkungen auf die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur haben." Sollten die europäischen Partner der USA an einem Erhalt des Abkommens interessiert sein, dürften sie nicht blind dem Kurs der amerikanischen Politik folgen, hieß es. Außenminister Sergej Lawrow betonte, die USA müßten die Verantwortung für das bevorstehende Ende des Vertrages übernehmen. "Erst dann sind die Türen wieder offen. Wir werden dann über alles verhandeln." Er wolle aber nicht von einem neuen Kalten Krieg sprechen. "Es ist eine Zeit, in der die USA entschieden haben, das gesamte Waffenkontrollsystem zu zerstören. Das ist bedauerlich."

Auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen warnt in der Debatte über den INF-Abrüstungsvertrag vor einem Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges. "In der Nato sind wir uns einig, dass wir nicht die einfachen Antworten der 70er und 80er Jahre übertragen können auf die heutige Zeit", sagte sie bei einem Besuch der Bundeswehrsoldaten in Litauen. "Wir brauchen neue Antworten, neue Lösungen." Im litauischen Rukla sind rund 500 deutsche Soldatinnen und Soldaten stationiert, die nach offizieller Lesart der Abschreckung Rußlands dienen. Die NATO hatte in Reaktion auf die Ukraine-Krise

im Juli 2016 beschlossen, etwa 1000 Soldaten in die drei baltischen Staaten und damit unmittelbar an die russische Grenze sowie nach Polen zu entsenden. Dies war die größte Truppenverlegung in Richtung Osten seit Ende des Kalten Krieges, wobei die Bundeswehr in Litauen die Führungsrolle übernimmt. Was von der Leyen unter "neuen Lösungen" versteht, deutete sie in Rukla allenfalls an. Man müsse "in aller Breite einen Mix von Maßnahmen" diskutieren, der dann auch in der NATO umgesetzt werden solle. [4]

Hintergrund dieser nebulösen Äußerung ist eine heftige Kontroverse in der Großen Koalition, wie man auf ein Scheitern des Vertrages reagieren sollte. Nachdem sich Außenminister Heiko Maas klar gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ausgesprochen hatte, setzte es heftige Schelte aus Kreisen der CDU, wo mehrere Politiker dafür plädieren, alle Optionen auf dem Tisch zu halten. Einen Vorschlag von Außenpolitikern der CDU und SPD zur Eindämmung der Gefahr eines nuklearen Wettrüstens hat der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses in der russischen Duma, Wladimir Schamanow, als "taktlos und empörend" zurückgewiesen. Roderich Kiesewetter, der Obmann der Union im Auswärtigen Ausschuß, und der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, hatten Moskau aufgefordert, seine neuen Marschflugkörper vom Typ 9M729 (NATO-Code: SSC-8) so weit nach Osten zu verlegen, daß sie Europa nicht mehr erreichen könnten. Im Gegenzug sollten künftige amerikanische Abschußanlagen in Euro-

pa für russische Kontrollen geöffnet werden.

Die Doppelzüngigkeit dieses Vorschlags liegt auf der Hand: Statt beiderseitige Kontrollen zu gleichen Bedingungen vorzuschlagen, wird Moskau aufgefordert, seine Marschflugkörper abzuziehen, während die Rampen und damit auch potentiell die Raketen der NATO an Ort und Stelle bleiben sollen. Solche Vorstöße sind geeignet, letzte gangbare Wege einer Deeskalation zu sabotieren, da sie auf eine Übermacht des Westens pochen, der sich die russische Seite zu unterwerfen habe.

Ideologisch unterfüttert wird diese Position auch durch Joachim Krause, Politikwissenschaftler an der Universität Kiel. Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk macht er sich Sorgen, daß Moskau plane, einzelne Länder militärisch zu überfallen. Das werde in der deutschen Politik überhaupt nicht thematisiert, während ständig von Entspannung und der Bedeutung bestehender Verträge die Rede sei. Daß sich Rußland durch die Osterweiterung der NATO provoziert fühlen könnte, will er nicht gelten lassen. Schließlich sei 1975 mit der Sowjetunion und 1990 mit Rußland vereinbart worden, daß jedes Land das Recht habe, über seine eigene Bündniszugehörigkeit zu befinden. Die Staaten des Baltikums hätten um Aufnahme in die NATO ersucht, da sie sich von Rußland bedroht fühlten. Man habe dort jedoch keine Truppen stationiert, um jegliche Perzeption einer militärischen Bedrohung auszuschließen. Diese Botschaft wolle man offensichtlich in Moskau nicht hören.

Sind die 500 Bundeswehrangehörigen in Litauen keine Truppen der NATO? Das sei doch allenfalls eine symbolische Präsenz, so Krause, da dieses kleine Kontingent eine Invasion ohnehin nicht aufhalten könnte. Er fordert demgegenüber eine reale Präsenz und bedauert die Haltung der Bundesregierung, zumindest die NATO-Rußland-Akte nicht zu verletzen. Da müßte man schon in der Größenordnung von mindestens einer Division pro baltischem Staat und wahrscheinlich auch noch in Polen reden, um eine gewisse Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Mittelstreckenraketen seien dann von Bedeutung, wenn jemand versuche, in einer Region wie Europa territoriale Zugewinne durch militärische Mittel zu erreichen und durch eine regionale nukleare Bedrohung abzusichern. Die russische Doktrin beinhaltet die Tendenz, regionale Kriege durch eine Dominanz möglicher Eskalation herzustellen.

Wie das konkret vor sich gehen könnte? Das würde vielleicht binnen weniger Wochen auf hybride Art passieren, indem zunächst bestimmte Städte übernommen werden. Die baltischen Staaten sähen sich der existentiellen militärischen Bedrohung ausgesetzt, besetzt und wieder in den russischen Herrschaftsbereich eingegliedert zu werden. Das sei durch eine geringe westliche Militärpräsenz nicht zu verhindern. Wünscht sich Krause also die Zeiten des Kalten Krieges zurück, wenn er im Grunde massive Truppenverlegungen nach Osten einfordert? Ob man das so bezeichne, sei ihm völlig egal. Rußland suche die strategische Konfrontation mit dem Westen. Damit müsse man umgehen und könne nicht immer nur den

Verlust von Verträgen bejammern, die ihre militärische Sicherheitsfunktion schon längst verloren hätten, so der Kieler Politikwissenschaftler.

In einem Punkt muß man Krause wohl recht geben. Der Kalte Krieg zeichnete sich durch eine massive Truppenpräsenz aus, die durch ausgeklügelte Verträge neutralisiert wurde, welche die Abschreckung kodifizierten. Folglich wurden die Kriege nicht in Europa, sondern in anderen Weltregionen wie Südostasien, Afrika und Lateinamerika konventionell ausgetragen. Fallen bei weiterer Aufrüstung diese Verträge weg, ist es insofern irrelevant, von einer Rückkehr des Kalten Krieges zu sprechen, als ein heißer Krieg in Mitteleuropa droht.

Anmerkungen:

[1] www.deutschlandfunk.de/nachausstieg-aus-inf-vertrag-russland-sucht-die.694.de.html

[2] www.welt.de/politik/ausland/article188219613/Ende-des-Vertrages-Russland-warn-Nato-Laender-im-INF-Streit-vor-Konfrontation.html

[3] www.sueddeutsche.de/politik/inf-vertrag-abruetzung-nato-usa-1.4315267

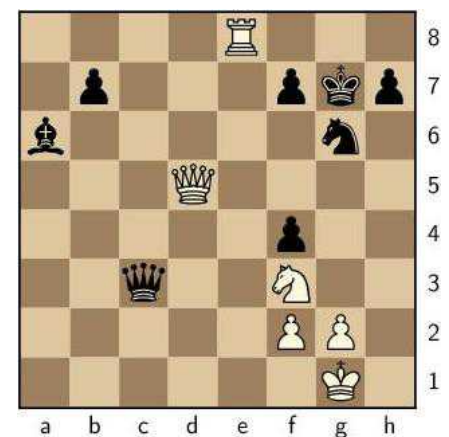
[4] www.faz.net/aktuell/politik/inf-streit-von-der-leyen-warn-vor-rueckfall-in-zeiten-des-kalten-kriegs-16023660.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1730.html>

SCHACH - SPHINX

Schwielen im Kopf

(SB) - Einer der wichtigsten Lernschritte im Entwicklungsprozeß eines Schachspielers, vielleicht sogar der wichtigste überhaupt, ist die Ernüchterung. In seinen Jugendträumen schwärmte jeder Schachspieler einmal davon, die Partie seines Lebens zu spielen, ja mit glänzenden Opferattacken, genial tiefen Zügen, noch nie Dagewesenes hinzuzaubern. In jeder Partie suchte er nach diesem Wink der Götter, überall sah er das Geheimnis verborgen, und so verlor er viele Jahre auf der Suche nach der Unsterblichen Partie, der Immergrünen, Sphärengleichen. Darüber versäumte er es, das Handwerkliche zu lernen, die ganz stupide, nervtötende Arbeit an der eigenen Unzulänglichkeit. Mancher macht diesen Schritt nie und verharrt im Träumen. Das Studium der Schachkunst bedeutet Schweiß, Schwielen im Kopf und immer wieder das Ausbessern der fehlerhaften Konzepte. Eine Wahrheit gibt es nicht, und auch die Inspiration ist kein Geschenk von außerhalb, sondern wird im Inneren geschaffen. Dies



Kindermann - Yermolinsky
Groningen 1997

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Quo vadis, UNO?

von Günter Buhlke, 5. Februar 2019

einmal begriffen, und dann ist jede Partie immergrün, unsterblich, ein Stück innerer Sphäre. Im heutigen Rätsel der Sphinx suchte Stefan Kindermann erst gar nicht nach dem weltenerschütternden Zug, sondern fand auf dem harten Boden der Logik schlichtweg den weißen Gewinnweg, Wanderer.

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Mit 1.De8-d8! schnitt Peter Swidler dem weltmeisterlichen König den Fluchtweg ab. Garry Kasparow verteidigte sich noch zäh, aber nach 1...Dh3-f5 2.Tf1-e1+ Lf6-e5 3.Dd8-b8 stand er mit dem Rücken zur Wand, und angesichts der Drohung 4.Te1xe5+! Df5xe5 5.Tg2-g6+ Ke6-f5 6.Tg6-g5+! mit Damenfang sah er keinen anderen Ausweg als die Aufgabe der Partie.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06829.html>

*Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

Politiker und kapitalmächtige Investoren der ersten Welt möchten die UNO ins Nirwana versetzen. Die UNO wird als Politikfeld von einer besonderen Kaste von Abgeordneten konservativer Parteien in ihren Programmen nur noch unterbelichtet geführt, wenn überhaupt. Zukunftsträchtige Aktivitäten über ihr nationales Ego hinaus sind kaum erkennbar.

Unsere eine Welt aber braucht die Weltorganisation zum Überleben. Sie wurde nach den bitteren Erfahrungen des 2. Weltkrieges von starken und weitsichtigen Frauen und Männern vieler Länder mit kräftigen Impulsen aus den USA 1946 gegründet. Ihre Ziele sollten künftig den Frieden erhalten oder wiederherstellen, die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern fördern und Rahmenbedingungen zum Abbau der Probleme der Wirtschaft, der sozialen Lagen, der Kultur, der Menschenrechte in allen Länder empfehlen (Artikel 1 und 2 der Charta der UNO).

Der oberste Politiker der USA, Donald Trump, sorgt aktuell für große Unruhe in den 193 Mitgliedsländern der UNO. Er misachtet anerkannte Regeln der WTO. Er verlässt mit Dekreten den UN-Menschenrechtsrat und die UNESCO. Bedrohlich für die Welt ist seine Haltung zur Um-

welt, zum Iranvertrag und zu Venezuela, Kuba, Nicaragua. Mit China und Russland pflegt er keine Freundschaftsverhältnisse.

Die USA und ihre NATO bauen Raketenstationen in Rumänien und Polen aus und organisieren Manöver im Grenzgebiet zu Russland. Putin lässt Hyperschallraketen testen. Die Schanghaigruppe trainiert ganze Armeeteile. Der Frieden benötigt die UNO als neutralen Schlichter bei Konflikten als Überwacher und Nothelfer im Flüchtlingsdrama.

Die Haltung der deutschen Regierung zur UNO ist widersprüchlich. Auf 177 Seiten der GROKO-Vereinbarung findet die Weltorganisation keinen besonderen Programmplatz. Die Bonner Umweltkonferenz von 2017 war inhaltsleer und sie setzte keine realen Akzente zur Verbesserung der beklagenswerten Situation. Der deutsche Beitrag zur Konferenz in Kattowitz fiel nicht besser aus. Er beschränkte sich in seinen Hauptteilen auf technische Fragen der Messung der Umweltschädlichen Handlungen. Der Umweltschaden selbst wird nur zögerlich angegangen. Das betrifft auch verbindliche Schritte zur Einschränkung der Luftverschmutzung in der Auto- und Braunkohleindustrie im Rahmen der nationalen Politik.

Seit 2013 steht von der deutschen Regierung die Ratifizierung des Zusatzprotokolls des UN-Sozialpaktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Bürger aus. Die umfassende Anerkennung als subjektive Rechte, die notfalls vor Gerichten einklagbar sind, ist ein Gebot, dem die Regierung endlich nachkommen sollte. Die Eberhard-Schultz-Stiftung fordert seit Jahren aktiv die Bundesregierung auf, die Ratifizierung vorzunehmen. Die Friedensorganisation ICAN beklagt, dass die deutsche Regierung dem von der UNO mühsam ausgehandelten Atomwaffenverbotsvertrag vom 20.09.2017 nicht beitrifft. Der Weg zum Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland wäre mit dem Beitritt zum Vertrag frei.

Gegensätzlich ist weiterhin der deutsche Beitrag zu den Friedenszielen der UNO. Die Stationierung von Soldaten und Gerät im Ausland, der Export an Waffen und Munition, auch in Krisengebieten, sowie die Teilnahme an Manövern der NATO in östlichen Grenzgebieten sprechen eine andere Sprache. Gegen die Lagerung von US-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Gebiet sind keine Regierungsproteste zu hören. Die allgemein kühle Haltung Deutschlands zur UNO steht im Widerspruch zum Begehren, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat zu werden. Dahinter stehen andere Interessen, die etwas mit dem Ego zu tun haben. Bundesaußenminister Maas (SPD), meint zur gefährlichen Tragödie Venezuelas: "Wir sind nicht neutral, wir stehen auf der Seite von Guaidó" (dem selbsternannten Putschpräsidenten). Ein

mit Deutschlands Stimme formuliertes Ultimatum und die Parteinahme für den Putschisten verstärkt die Kriegsspannungen in Venezuela. Außenminister Maas ist nicht reif für den ständigen Sitz im Sicherheitsrat.

Nicht sehr tröstlich ist die Tatsache, dass das Verhalten der Bundesregierung meist auf Beschlüssen des Parlaments beruht. Genauer formuliert wäre es festzustellen, dass fern von der Demokratie alles von den Entscheidungen der Partei- und Fraktionsvorstände (Fraktionszwänge?) und Konsultationen mit der Lobby abhängt.

Störend empfinden die Länder des Neoliberalismus der ersten Welt die Zahlung der Mitgliedsbeiträge an die UNO und die Pflichten, die aus Beschlüssen oder Empfehlungen entstehen. Die Bürokratie koste zu viel. Beispielsweise haben 2001 die Mitgliedsländer der UNO Millenniumsziele als gemeinsame Aufgabe vereinbart. Es sollte unter anderem die extreme Armut beendet und die Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden. Die Senkung der Kindersterblichkeit war eines der Ziele, wie auch die ökologische Nachhaltigkeit. Ein Teil der Ziele wurde von Entwicklungsländern erfüllt (z.B. China, Vietnam, Venezuela, Ecuador, Bolivien, Kuba). Die Empfehlung, dass die Industrieländer 0,7 % ihres BIP für die Entwicklungshilfe bereitstellen, blieb unerfüllt. Der deutsche Beitrag fiel mit 0,38 % bescheiden aus. 2016 hat die UNO für die nächste Zeitperiode neue Ziele zur Problemlösung für festgelegte Bereiche empfohlen.

Der Sicherheitsrat, als ein Hauptorgan der UNO, hat in den letzten Jahren Kriege zwischen Ländern nicht verhindern können. So in Afghanistan, Irak, Jugoslawien, Libyen, Jemen. Aber der Druck der UNO auf die Beendigung der Kämpfe war in jeder Phase stark. Blauhelme im Auftrag der UNO kontrollieren die Einhaltung der Befriedigungsbeschlüsse des Sicherheitsrats. Zum Plusaldo der UNO gehören die Hilfen im Flüchtlingsdrama und beim Schutz der Umwelt.

Die Bedeutung der UNO für die Weltgemeinschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Atomwaffen, chemische Kampfmittel besitzen das Potential, die Erde zu zerstören. Das Gerangel um die Drohung von Trump, den INF-Vertrag zu kündigen, treibt die Sorgen vieler Menschen an. Nicht auszudenken, dass ein technisches Versagen zum 3. Weltkrieg führen könnte.

Katastrophenbeschreibungen rufen Horrorvisionen hervor und belegen, dass durch Handlungen der Menschen in der Wirtschaft und des Raubbaus an der Natur der biologische Bestand der Spezies Mensch in Gefahr gerät.

Die Weltorganisation hat künftig neue große Aufgaben zur Konfliktvermeidung zu lösen. Der erdnahe Weltraum braucht Regeln, um Gefahren durch aufgegebenen Satelliten und Schutt zu vermeiden. Die Nutzung des Meeresbodens und der eisfreien Gebiete an den Erdpolregionen darf nicht finanzstarken Investoren überlassen werden. Die Interessen aller Länder sind zu berücksichtigen.

Drei alte Konfliktherde der Welt fordern die UNO weiterhin heraus:

1. Das koloniale Erbe hat in Afrika Ländergrenzen hinterlassen, die scheinbar mit dem Lineal gezogen wurden, ohne Rücksicht auf ethnologische Gegebenheiten der jeweiligen Volksgruppen. Traurige Konfliktbeispiele sind Palästina, Syrien, der Jemen, Irak, das Kongogebiet unter anderem. Spannungen wurden mit Waffen und Menschenrechtsverletzungen ausgetragen.

2. In Entwicklungsländern werden gegenwärtig Volkswirtschaften von transnationalen Kapitalgesellschaften deformiert. Die Einwohner der Länder erleiden Arbeitslosigkeit, Ernährungsunsicherheit, schlechte Wohnverhältnisse und durch den Kapitalmangel infolge der erzwungenen internationalen Arbeitsteilung Probleme im Bildungs- und Gesundheitswesen. Das Ergebnis sind tragische Fluchtbewegungen.

3. Religiöse Dogmen (Sunnitene, Schiiten, Angelikale) heizen Spannungen an, die zum Teil unter Waffeneinsatz gelöst werden. Die Bewohner erleiden viel Leid. Blutige Bürgerkriege werden ausgelöst, aber auch internationale Konflikte zwischen Staaten. Die UNO hat keine Lösungsansätze für religiöse Fragen.

Eine strukturelle Alternative zur UNO ist weltweit nicht sichtbar. Organisationen vom Typ G7, G20 oder das Weltwirtschaftsforum Davos sind als Weltorganisation nicht angelegt. Sie vertreten im Kern nur wirtschafts-hegemoniale Interessen.

Die UNO wird auch künftig gebraucht, zumal das herrschende neoliberale System eher neue Krisen und Kriege hervorbringt. Hilfreich wäre, wenn der Weltsicherheitsrat sein Aufgabenfeld auf die Konfliktvermeidung mit Weisungsbefugnissen ausweiten könnte. Und schließlich wäre zu wünschen, dass auf der persönlichen Agenda der Abgeordneten die Stärkung der UNO steht. Das stünde gut zu ihrem Gewissen. Und noch ein Vorschlag: Der Bundestag hat etwa 70 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen, die Themen umfassen, die von der Weltwirtschaft bis zum Fahrrad oder dem Pferd reichen. Ein Arbeitskreis UNO jedoch fehlt!!!

Die gegenwärtige Welt birgt gefährliche Problemlagen, mit ausreichendem Anlass, um über eine Aussage des zweiten Generalsekretärs der UNO, Dag Hammarskjöld (1961 bei einem unaufgeklärten Flugzeugunfall im afrikanischen Konfliktgebiet verstorben) nachzudenken:

"Die UNO wurde nicht geschaffen, um die Menschen in den Himmel zu führen, sondern um sie vor der Hölle zu retten".

Über den Autor

Günter Buhlke, geb. 1934. Verh. Studium an der Humboldtuniversität und der Hochschule für Ökonomie Berlin. Dipl. Volkswirtschaftler. Internationale Arbeit als Handelsrat in Mexiko und Venezuela. Koordinator für die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Lateinamerika. Wirtschaftserfahrungen als langjähriger Leiter des Schweizerischen Instituts für Betriebswirtschaft in Berlin, Vorstand einer Wohnungsgenossenschaft und Referent im Haushaltsausschuss der

Volkskammer und des Bundestages. Gegenwärtig ehrenamtliche Tätigkeiten.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0833.html>

POLITIK / AUSLAND

*poonal -
Pressediens lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Kolumbien

Rechtsberater der ELN: Friedensprozess droht zu scheitern

(Medellín, 27. Januar 2019, *lanzas y letras*) - In Anbetracht der Krise, in der sich die Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillaorganisation ELN (Ejército de Liberación Nacional) befinden, hat der Rechtsberater der Guerilla Carlos Alberto Ruiz Socha in einem Interview mit dem kolumbianischen Nachrichtenportal Zona Cero für eine Wiederaufnahme des Dialogs stark gemacht: "Nimmt man die Frie-

densverhandlungen nicht sofort wieder auf, sind sie verloren und die Situation in Kolumbien verschärft sich." Trotz des "schmerzhaften" Attentats in Bogotá, so Ruiz, müssten die Friedensverhandlungen aufrecht erhalten werden. Er drängte den Präsidenten Ivan Duque, sich mehr in den Prozess einzubringen und der Beteiligung weiterer Länder zuzustimmen.

In einem Interview mit der spanischen Nachrichtenagentur Efe betonte Ruiz, dass es trotz des Attentats [1] auf die Polizeikadettenschule am 17. Januar in Bogotá, dem 21 Menschen zum Opfer fielen, keinen Waffenstillstand gebe. Deshalb "sind beide Parteien auch nicht dazu verpflichtet, Angriffe zu unterlassen", so Ruiz. Auch das kolumbianische Militär führe weiterhin Operationen durch. Ruiz räumte ein, dass das Attentat der ELN einen großen politischen Vertrauensverlust bedeute, er betonte aber auch, dass sich in Havanna weiterhin Repräsentant*innen der Guerilla befänden, die offen für einen Friedensdialog seien. Ruiz schlug der Guerilla und Regierung vor, sich in künftigen militärischen Operationen an humanitäre Regeln zu halten und eine Vereinbarung zur Deeskalation des Konflikts zu treffen.

"Hoher politischer Preis für die ELN"

"Es gibt Möglichkeiten, den Friedensdialog weiterzuführen", betonte der Rechtsberater der ELN, äußerte aber die Befürchtung, kurz davor zu stehen, einen siebenjährigen Friedensprozess zu begraben. Die Folge wären viele weitere Tote.

Sollte die Regierung Ivan Duques entscheiden, den Friedensdialog zu beenden, muss sie sich an die Richtlinien halten, die das Protokoll vorschreibt, welches für den Fall des Prozessendes unterzeichnet wurde. In ihm wurden für den Fall der Beendigung der Gespräche auch die Bedingungen und Sicherheiten für die Rückkehr der Guerilladelegation aus Havanna festgelegt. Die kolumbianische Regierung hatte jedoch bereits nach dem Attentat in Bogotá die kubanische Regierung dazu aufgefordert, die "Rädelsführer" der ELN, die sich zurzeit als Friedensdelegation in Havanna befinden, auszuliefern. Laut internationalem Recht wäre eine Inhaftnahme der Delegationsmitglieder jedoch ein sogenannter "Verrat", denn die Mitglieder genießen in Havanna eine Sicherheitsgarantie, um den Friedensdialog überhaupt führen zu können. Dies bedeute aber nicht, so Ruiz, dass der kolumbianische Staat von einer Strafe für das Attentat in Bogotá absehen müsse. Ein Ignorieren des unterzeichneten Protokolls würde jedoch einen Präzedenzfall schaffen und künftig jedwede Friedensverhandlung in einem bewaffneten Konflikt gefährden.

Ruiz, Rechtsanwalt, Universitätsprofessor und Rechtsberater, hatte die ELN schon im Jahr 1998 bei Verhandlungen in Deutschland beraten und hatte größtenteils auch an den Friedensgesprächen zwischen der vorherigen kolumbianischen Regierung und der Guerillaorganisation FARC teilgenommen. Er verteidigte die Positionierung der Garantiestaaten Kuba und Norwegen als "tadellos", da sie die rechtlichen Garantien bewahrten, die der Guerilladelegation zugesprochen worden waren.

Haftbefehl von Interpol eine "Hürde" für Dialog

Ruiz deutete ebenfalls darauf hin, dass die kürzliche rote Ausschreibung Interpols gegen zwei Delegationsmitglieder der ELN auf Kuba - einer von ihnen gegen den Chefunterhändler der Friedensgespräche Israel Ramírez alias Pablo Beltrán - eine "schwerwiegende Hürde" darstellte. Er bat Präsident Duque um die "wichtige politische Geste", die vorübergehende Aufhebung des internationalen Haftbefehls zu erwirken. Außerdem ersuchte er Duque, den Friedensdialog von Havanna weiterzuführen und der Beteiligung von weiteren Ländern wie Spanien, Mexiko und dem Vatikan zuzustimmen. "Es gibt Möglichkeiten", betonte er, und erinnerte daran, dass der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez während seines Besuchs in Kolumbien im vergangenen August seine Unterstützung in der Verhandlung mit der ELN angeboten hatte. Die kolumbianische Regierung habe bis heute jedoch nicht darauf reagiert, so Ruiz. Außerdem hätte auch der Papst dazu aufgerufen, die Verhandlungen keinesfalls abubrechen.

Das Attentat am 17. Januar habe laut Ruiz nicht gezeigt, dass die ELN gespalten sei, doch habe es sichtbar gemacht, dass die Delegation der Guerilla auf Kuba nicht die absolute Kontrolle - weder eine direkte noch eine indirekte - über die Operationen der ELN haben. Allerdings habe die Verhandlungsdelegation eine politische, nicht jedoch eine strafrechtliche Verantwortung für das Attentat anerkannt.

Anmerkung:

[1] <https://www.npla.de/poonal/eln-bekannt-sich-zu-anschlag-delegati-on-weiss-von-nichts/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/rechts-berater-der-eln-friedensprozess-droht-zu-scheitern/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1858.html>



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

POLITIK / AUSLAND / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Die Regierungen von Uruguay und Mexiko berufen eine internationale Konferenz über Venezuela ein

Nachricht aus der Redaktion Argentinien vom 4. Februar 2019

Mexiko und Uruguay haben in Kommuniqués ihrer jeweiligen Außenministerien zu einer internationalen Konferenz aufgerufen, um die Voraussetzungen für einen Dialog zwischen den verschiedenen politischen Kräften in Venezuela zu schaffen.

"Ziel der Konferenz ist es, die Grundlagen für einen neuen Dialogmechanismus zu schaffen, der unter Einbeziehung aller venezolanischen Kräfte zur Wiederherstellung von Stabilität und Frieden in diesem Land beitragen wird", heißt es im Text.

Die Organisatoren betonen ihre Position der Neutralität und weisen darauf hin, dass die Länder und Organisationen, die mit dieser Vision einverstanden sind, zur Konferenz eingeladen werden.

Die Regierungen der beiden Länder schätzen, dass mehr als zehn Delegationen aus Ländern und von internationalen Organisationen an der Konferenz in Uruguay teilnehmen werden. Die Konferenz findet am 7. Februar in Montevideo, der Hauptstadt des Landes, statt.

Die Regierungen haben darauf hingewiesen, dass die Entscheidung zur Konferenz eine Reaktion auf die Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, nach einem Dialog ist.

Zudem hat auch der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, mehrfach seine Bereitschaft zum Dialog mit Teilen der Opposition bekräftigt, um somit Frieden in der südamerikanischen Nation zu gewährleisten.

Dieses Treffen soll "ein umfassender und glaubwürdiger Dialog sein, der ein für allemal die heikle Situation löst, in der sich unsere venezolanischen Brüder befinden", heißt es im Text weiter.

Uruguay, Mexiko und die Vereinten Nationen sind bereit, mit den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, die "den Weg der Diplomatie unterstützen wollen".

Quelle: Telesur

Übersetzung aus dem Englischen von Pressenza München

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Schüsse auf Vertriebene in Chiapas

(San Cristóbal de las Casas, 24. Januar 2019, desinformemonos)
- Nach Informationen des mexikanischen Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de las Casas wurde in der Gemeinde Coco des Bezirks Aldama im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas am Morgen des 22. Januar auf drei Personen geschossen. Die Personen befanden sich auf dem Weg von San Pedro Cotzilnam nach Xuch'en. Die Schüsse wurden aus dem Ort Santa Martha Manuel Utrilla im Bezirk Chenalhó abgefeuert. Eine Person starb, zwei Personen wurden verletzt.

Zeug*innen sagten aus, dass an jenem Dienstag um 4.30 Uhr morgens aus verschiedenen Richtungen Schusssalven aus Gräben in der Gemeinde Saclum, das zu dem Ort Santa Martha gehört, abgegeben worden seien. Zudem hätten bewaffnete Gruppen aus Santa Martha am Freitag darauf Tag und Nacht Schüsse in Richtung der angrenzenden Gemeinden des Bezirks Aldama abgegeben.

2.000 Vertriebene seit 2017

Das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas forderte den mexikanischen Staat dazu auf, die humanitäre Krise [1] in Aldama zu beenden. Mindestens 2.036 Menschen aus den Gemeinden Xuch'en, Coco, Tabak und San Pedro Cotzilnam befänden sich momentan in Lebensgefahr. Die Menschen müssten um ihre Unversehrtheit und persönliche Sicherheit fürchten. Bereits am 20. März 2017 wurden sie gewaltsam vertrieben, sieben Familien bereits im Jahr 2016. Unter den Vertriebenen befinden sich momentan 416 Frauen - vier von ihnen schwanger -, 408 Männer, 84 alte Menschen, 326 Heranwachsende, 590 Kinder - davon 273 Jungen und 317 Mädchen - sowie 205 Säuglinge.

Das Menschenrechtszentrum fordert in einer Petition [2] effektive Maßnahmen vom mexikanischen Staat, um das Leben und die Unversehrtheit der Menschen aus Aldama zu garantieren. Dies vor allem in den Gemeinden, die an den Ort Santa Martha des Bezirks Chenalhó grenzen, sowie in der Hauptgemeinde des Bezirks Aldama. Es fordert zudem, nach den bewaffneten Gruppen aus Santa Martha zu fahnden, sie unter Strafe zu stellen, zu entwaffnen und aufzulösen. Außerdem müsse der mexikanische Staat sich um den humanitären Notfall der vertriebenen Menschen im Hochland von Chiapas kümmern. Des Weiteren müsse er Haftbefehle aufheben, welche die Repräsentant*innen der vertriebenen Familien kriminalisierten.

Anmerkungen:

[1] <https://desinformemonos.org/riesgo-la-vida-indigenas-tsotsiles-aldama/>

[2] <https://frayba.org.mx/persiste-riesgo-a-la-vida-en-comunidades-desplazadas-en-aldama-chiapas/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/schuesse-auf-vertriebene-in-chiapas/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0365.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Peru

Weitere Großdemonstration gegen Korruption

von Judith Purizaga

(Lima, 25. Januar 2019, *pressenza*) - Am Mittwoch, 23. Januar 2019, wurde in der peruanischen Hauptstadt Lima auf der Plaza San Martín ab sechs Uhr abends abermals zum Kampf aufgerufen. Und das wird nicht das letzte Mal gewesen sein, denn Peru ist auf den Beinen, um gegen Korruption zu kämpfen.

Hunderte Menschen aller Schichten und sozialer Gruppen, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, politische Parteien und normale Bürger*innen fanden sich zusammen, um auf friedliche Art und Weise einmal mehr die Wiedereinsetzung von Richter Richard Concepción Carhuacho [1] zu fordern - einer Vorzeigepersönlichkeit im Kampf gegen die Korruption - der in Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Staatsanwält*innen immer wieder Urteile gefällt hat, die Führungspersönlichkeiten betreffen, von denen man glaubte, sie seien "unanastbar".

"Keiko und García, dieselbe Schweinerei"

Vereint unter einem riesigen Spruchband und mit Rufen wie "Peru, ich liebe dich - daher verteidige ich dich", "Menschen -

hört hin und vereint euch im Kampf" und "Peru ohne Korruption" liefen die Demonstrant*innen durch die wichtigsten Straßen der Hauptstadt. Zur gleichen Zeit fanden ähnliche Kundgebungen in Cusco, Tacna, Chiclayo und weiteren Departments statt.

In Peru wird die Antikorruptionsbewegung von der Bürgerversammlung (Asamblea Ciudadana) und dem Nationalen Rat für Menschenrechte CNDH (Consejo Nacional de Derechos Humanos) organisiert, unterstützt von Tausenden sozialen Organisationen, Arbeitsgemeinschaften, Jugendgruppen, Künstler*innen, politischen Gruppen und Humanist*innen, die ihren Unmut über die Korruption zum Ausdruck bringen und das Ausmaß [2], welches diese in der letzten Zeit erreicht hat.

Präsident unterstützt die Forderungen

Seit ungefähr drei Jahren finden immer wieder regelmäßig Kundgebungen zu Kernthemen statt, wie der Kampf gegen häusliche Gewalt, der Kampf um Arbeitsrechte und jetzt der Kampf gegen die Korruption. Diese Anliegen werden von Staatspräsident Martín Vizcarra [3] und namhaften

Staatsanwält*innen unterstützt. Nichtsdestotrotz ist ein landesweiter Streik vorgesehen, sollte der Forderung nach Wiedereinsetzung von Richter Carhuacho nicht stattgegeben und Verbesserung der Arbeitsrechte erzielt werden.

Richter Richard Concepción Carhuacho hat 36 Monate Untersuchungshaft gegen Keiko Fujimori [4] und andere Angeklagte im Fall Odebrecht verhängt. Daraufhin allerdings wurde er von Richtern des zweiten Berufungsgerichtes von dem Fall abgezogen, die der Forderung der Verteidigung des flüchtigen Jaime Yoshiyama nachkamen. Ende Januar 2019 sollte die Ablehnung der beiden Richter, die diese Entscheidung getroffen haben, vor der Justiz geprüft werden.

Anmerkungen:

[1] https://es.wikipedia.org/wiki/Richard_Concepci%C3%B3n_Carhuacho

[2] <https://www.npla.de/poonaal/-staatsanwaltschaft-fordert-anhoerung-von-odebrecht-im-fall-keiko-fujimori/>

Fortsetzung Seite 20

Schattenseiten in den Städten

Fotoausstellung von Leben im Abseits e. V.

Vernissage am Samstag, 9.2.2019, 15.00-17.00 Uhr

Lesung am 21. März 2019, 20.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str.13, 21073 Hamburg-Harburg, www.komm-du.de

Eintritt frei / Hutspende

- 1 POLITIK - SOZIALES: Maria Graciela Tellechea zum Thema Feminismus (Pressenza)
- 6 POLITIK - REDAKTION: Irak - Bereitstand zur Schlacht ...
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Kalter Krieg - ick hör dir trapsen ...
- 11 SCHACH-SPHINX: Schwielen im Kopf
- 12 POLITIK - MEINUNGEN: Quo vadis, UNO? (Pressenza)
- 14 POLITIK: Rechtsberater der ELN - Friedensprozess in Kolumbien droht zu scheitern (poonal)
- 16 POLITIK: Die Regierungen von Uruguay und Mexiko berufen eine ... (Pressenza)
- 17 REPRESSION - FAKTEN: Mexiko - Schüsse auf Vertriebene in Chiapas (poonal)
- 18 BÜRGER/GESELLSCHAFT: Peru - Weitere Großdemonstration gegen Korruption (poonal)
- 20 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 6. Februar 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 6. Februar 2019

+++ Vorhersage für den 06.02.2019 bis zum 07.02.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Wolkendunkel,
starke Winde,
Regenfunkel,
Jean schläft linde.

[3] <https://www.npla.de/poonaal/le-tona-alcorta-und-galarreta-wurden-von-odebrecht-finanziert/>

[4] <https://www.npla.de/poonaal/staatsanwaltschaft-fordert-anhoerung-von-odebrecht-im-fall-keiko-fujimori/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/weitere-grossdemonstration-gegen-korruption/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188, 10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfai0261.html>

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.